



Niederschrift

34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.11.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Tageszentrum "Mittendrin", Yorkstraße 22, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	bis 19:20 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Corinna Liefeld	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD	
---------------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Angela Schweers	SPD	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	bis 20:00 Uhr
--------------------	--------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
-------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB	entschuldigt
	Freie Wähler	

Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum Ernst von Bergmann GmbH
Frau Anne Bresgott	Tageszentrum „Mittendrin“
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Franziska Schumann	Büro des Oberbürgermeisters
Herr Gregor Jekel	FB Soziales und Gesundheit
Herr Bindheim Jörg	FB Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	FB Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	FB Soziales und Gesundheit
Frau Anette Hinze	Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.
Frau Ariane Andres	Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Vorstellung des Tageszentrums "Mittendrin"
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 4 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 5 Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 17/SVV/0810
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
(Zurückstellung vom 23.05.2017)
- 6.2 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren
Vorlage: 17/SVV/0606
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 6.3 Verteilung von Jodtabletten
Vorlage: 17/SVV/0755
Fraktion DIE aNDERE
- 6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen
Vorlage: 17/SVV/0827
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen
Vorlage: 17/SVV/0836
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand 2. Suchtaktionsplan
- 7.2 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018
- 7.3 Auswertung der Kundenbefragung zur Antragstellung von Wohnberechtigungsscheinen
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Vorstellung des Tageszentrums "Mittendrin"

Herr Dr. Kieser (Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) und Frau Bresgott (Tageszentrum „Mittendrin“ der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) stellen die Einrichtung sowie die Ernst von Bergmann Sozial gGmbH vor, deren Teil das Tageszentrum ist. Anschließend stellt Herr Dr. Kieser an Hand einer Powerpoint-Präsentation die einzelnen Einrichtungen der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH vor.

Frau Bresgott stellt die Schwerpunkte des Tageszentrums vor und weist darauf hin, dass es die Tagesstätte und eine Kontakt- und Beratungsstelle gibt. Die Tagesstätte wird regelmäßig von ca. 20 Personen täglich genutzt.

Durch die Kontakt- und Beratungsstelle ist ein freiwilliges, anonymes und niederschwelliges Angebot. Es erfolgt die Beratung der Klienten, aber auch die Krisenbegleitung. Personen mit psychischen Beeinträchtigungen können hier z.B. im Rahmen der verschiedenen Gruppenangebote mit anderen Betroffenen in Kontakt treten.

Herr Dr. Kieser erläutert die Bedeutung der vernetzten Arbeit am Beispiel eines Patienten und verweist hierbei auf die Netzwerkkonferenzen.
Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 17.10.2017 zur Abstimmung.

Frau Schulze bittet darum, dass die aktualisierte Themenplanung allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird, da in der letzten Sitzung einige Änderungen vorgenommen wurden.

Frau Schweers nimmt Bezug auf ihre Nachfrage in der letzten Sitzung zu den Zahlen der Obdachlosen. In der Niederschrift ist auf die Beantwortung einer Presseanfrage verwiesen. Sie bittet, diese zur Kenntnis zu bekommen.

Die Niederschrift wird 5 Zustimmungen bestätigt.

Frau Eisenblätter informiert, dass die Drucksache 17/SVV/0755 „Verteilung von Jodtabletten“ (TOP 6.3) auf Wunsch der Fraktion Die Andere zurückgestellt werden soll.

Des Weiteren teilt sie mit, dass zum Antrag 17/SVV/0606 „Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren“ (TOP 6.2) ein Antrag auf Rederecht für Frau Anette Hinze (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.) vorliegt.

Zunächst bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung.

Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 4 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Puschmann informiert über die Beratung des **Seniorenbeirates** mit der Pro Potsdam GmbH zum Thema barrierearme und barrierefreie Wohnungen. Es wurde eine Checkliste erstellt. Die Pro Potsdam GmbH hat zugesagt, den Wohnungsbestand jetzt anhand der gesetzlichen Grundlagen in „barrierearm“ und „barrierefrei“ klassifizieren.

Es bestand Einigkeit darin, dass dies nicht nur für die ältere Generation sondern auch für Familien mit Kinderwagen gilt. Die Pro Potsdam GmbH wird die Checkliste demnächst herausgeben.

Des Weiteren verweist Herr Puschmann auf die „Rolle“ in Drewitz. Die Pro Potsdam GmbH hat alle Voraussetzungen geschaffen, die insgesamt 43 Wohnungen für generationsverbindendes Wohnen herzurichten. Am 30.11.2017, 17:30 Uhr wird dazu im Begegnungszentrum „oscar“ Informationsveranstaltung stattfinden. Ein entsprechender Flyer wurde bereits entwickelt. Die Begleitung des Projektes erfolgt durch die Fachhochschule Potsdam.

Herr Puschmann berichtet, dass am 15.11.2017 eine Veranstaltung zur Durchführung der 25. Brandenburgischen Seniorenwoche mit ca. 50 Teilnehmern stattgefunden hat. Das Motto der Seniorenwoche lautet: „Ein viertel Jahrhundert aktiv und mitbestimmend“.

In der 48. Kalenderwoche 2017 wird sich der Seniorenbeirat im Weberhaus in der Karl-Liebknecht Straße vorzustellen und für die kommunale Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ werben.

Abschließend informiert Herr Puschmann, dass am 28.11.2017, 10:00 Uhr die nächste Beiratssitzung im Treffpunkt Freizeit durchgeführt wird. Er weist darauf hin, dass die Sitzungen öffentlich sind. Dies sollte auch bekannt gemacht werden. In der Sitzung soll u.a. die neue Geschäftsordnung des Seniorenbeirates verabschiedet werden.

Frau Schulze bittet, die beiden genannten Checklisten als Anlage zur Niederschrift auszureichen. Des Weiteren bittet sie zu prüfen, ob die Termine der Sitzungen des Seniorenbeirates über den Pressedienst der Landeshauptstadt Potsdam bekannt gemacht werden können.

zu 5 Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 17/SVV/0810

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Magnussen (FB Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam vor und verweist zunächst auf die gesetzlichen Grundlagen sowie den Planungsauftrag. Anschließend verweist sie auf die Ausgangssituation und geht dann auf die Datenerhebung und -generierung ein.

Frau Magnussen gibt Erläuterungen zum Aufbau des Psychiatriekonzeptes und verweist auf die Empfehlung der Initiierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes in der Landeshauptstadt Potsdam. Durch diesen kann ein Rahmen für verbindliche Kooperationen bzw. Vernetzungen in der Gemeindepsychiatrie geschaffen und die Versorgungsqualität nachhaltig gesichert werden.

Anschließend erklärt sie die 4 Bereiche der Empfehlungen und verweist beispielhaft auf den Bereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“.

Abschließend gibt Frau Magnussen einen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Sie weist darauf hin, dass am 16.01.2018 der Fachtag Psychiatrie mit dem thematischen Schwerpunkt „Gemeindepsychiatrischer Verbund“ stattfindet. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Fachtages und des Psychiatriekonzeptes wird gemeinsam mit der PSAG das weitere Vorgehen sowie ein Maßnahmenplan entwickelt.

Frau Magnussen betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 7 Abs. 4 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz das Votum der PSAG für eine gemeindenaher und bedarfsgerechter psychiatrischer Versorgung einzuholen hat. Der Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept wird der

Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

(Zurückstellung vom 23.05.2017)

Herr Dünn zieht den Antrag zurück. Er bittet um eine Information zum aktuellen Stand in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses.

Herr Schubert schlägt vor, in der Januar- oder Februarsitzung 2018 zu berichten.

zu 6.2 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren

Vorlage: 17/SVV/0606

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Frau Hinze (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.) betont, dass der Verein eine oder auch mehrere Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung aufbauen. Das Hauptproblem dabei ist die Frage der Finanzierung und der Unterstützungsmöglichkeiten, aber auch eine Anlaufstelle wird benötigt, wenn die Pflegenden aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Jugendlichen zu pflegen.

Der Verein wünscht sich Unterstützung durch die Stadt für eine rund um die Uhr Betreuung, um nicht die zu pflegenden Jugendlichen in Pflegeeinrichtungen geben zu müssen. Sie verweist dabei auf das Recht des selbstbestimmten Lebens.

Frau Eifler bringt die neue Fassung des Antrages ein, die als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass dazu Gespräche mit der Pro Potsdam GmbH geführt werden können.

Herr Schubert bittet um Zurückstellung des Antrages, um sich nochmal mit dem Verein zur Findung einer gemeinsamen Lösung verständigen zu können.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Sie kann sich durchaus vorstellen, darüber heute abzustimmen. Es sollte auch ein Termin für die Vorstellung des Prüfergebnisses festgelegt werden.

Frau Schweers verweist auf das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz. Es sollte genau der Erstanspruch geprüft werden. Sie empfiehlt, einen Monat länger mit der Empfehlung zu warten.

Frau Eifler hält es für wichtig, dass die Gespräche beginnen.

Herr Schubert spricht sich auch für die Festlegung eines Termins aus.

Frau Eifler ergänzt den Antrag wie folgt: **Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.**

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es statt GEWOBA richtigerweise Pro Potsdam GmbH heißen muss.

Dies wird von Frau Eifler so übernommen.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie jungen Menschen mit Behinderung ein gelungener Übergang in die Selbständigkeit - der Wechsel aus dem elterlichen Haushalt in Wohnstätten oder in ambulant betreutes Wohnen - ermöglicht werden kann und wie sie und ihre Eltern dabei durch die LHP unterstützt werden können.

Insbesondere sollen Beratungs- und Informationsangebote geschaffen werden, sowie explizit Unterstützungsmöglichkeiten für in Eigeninitiative zu gründende WGs.

Diese Möglichkeiten sollen aktiv von der LHP beworben und bekannt gemacht werden.

Die Einrichtung von WGs und Wohnstätten soll durch die ~~Gewoba~~ **Pro Potsdam GmbH** explizit unterstützt werden und insbesondere bei Neubauten Berücksichtigung finden.

Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **0**

zu 6.3 Verteilung von Jodtabletten

Vorlage: 17/SVV/0755

Fraktion DIE aNDERE

Die Drucksache wird auf Wunsch des Antragstellers zurückgestellt.

zu 6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte

Vorlage: 17/SVV/0821

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der Antrag so allgemein gefasst ist, dass er in der vorliegenden Fassung abzulehnen sei.

Frau Schumann (Büro des Oberbürgermeisters) erklärt, dass keine religiösen Bauten gefördert werden. Eine positive Religionspflege ist jedoch zulässig. So werden z.B. Veranstaltungen koordiniert.

Herr Schubert betont, dass der vorliegende Antrag auch Projektförderung beinhaltet.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

**zu 6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreispbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jekel erklärt, dass sich die meisten Punkte des Antrages bereits in der Umsetzung befinden. Das gilt auch für das Thema Wohnungstausch, für das derzeit eine Beschlussvorlage erstellt wird. Eine Prüfung zur Umsetzung der Mietpreispbremse liegt nicht in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam. Hier muss das Land Brandenburg eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen.

Frau Schulze erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen wird.

Frau Schweers weist darauf hin, dass jeder, der in Potsdam Wohnungen baut, auch einen gewissen prozentualen Anteil für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen muss.

Herr Jekel erklärt, dass gemäß den strategischen Zielen der ProPotsdam GmbH dort in den kommenden Jahren mindestens 50 Prozent des Wohnungsneubaus von durchschnittlich 200 Wohnungen pro Jahr als mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungsbestand entstehen wird. Nach aktuellem Stand sind bei der ProPotsdam 280 gebundene Wohnungen bereits im Bau, weitere 222 sind unmittelbar in Vorbereitung. Weitere Bindungen entstehen in geförderten Sanierungsvorhaben.

Er kann dies gern als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung stellen.

Frau Eisenblätter bittet zunächst um Abstimmung darüber, den Vorschlag anzunehmen. Die Annahme des Vorschlags erhält 3 Zustimmungen.

Anschließend bittet sie um Abstimmung darüber, dass sich der Vorschlag bereits in Umsetzung befindet. Der Vorschlag „Bereits in Umsetzung“ erhält 4 Zustimmungen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion stellt fest, dass sich der folgende Vorschlag bereits in Umsetzung befindet:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für eine Deckelung des Mietpreises pro

Quadratmeter Wohnfläche und für den Ausbau sozialverträglicher Wohnräume in Potsdam ein.

Folgende Instrumente sollen genutzt werden (unter anderem):

- Bei der ProPotsdam GmbH ist das Ziel, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sind auszubauen.
- Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes sind zu nutzen.
- Die Stabilität der Mieten bei einem Wohnungstausch soll gesichert werden.
- Es sollen Anreize für Senioren geschaffen werden, „zu große“ Wohnungen gegen kleinere zu tauschen.

Die Umsetzung der Mietpreisbremse wird überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

zu 6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen

Vorlage: 17/SVV/0827

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert erklärt, dass die im Antrag geforderte zusätzliche Förderung rechtlich nicht möglich ist.

Frau Schulze plädiert für einen Prüfauftrag. Es sollte geprüft werden, ob und wenn ja in welcher Höhe Mittel für die Funktionsfähigkeit eines Tierheims benötigt werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass dies vergaberechtlich nicht möglich ist. Die Kriterien für Vergaben müssen nachvollziehbar sein. Der Antrag kann so nicht umgesetzt werden.

Frau Eisenblätter bittet zunächst um Abstimmung darüber, den Antrag als **Prüfauftrag** anzunehmen. Der Vorschlag erhält 2 Zustimmungen.

Anschließend stellt sie den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt dem neuen Tierheim in Potsdam (neben den Spenden) ein „Startkapital“ im Rahmen einer einmaligen Förderung von mindestens 150.000 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung: **4**

zu 6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulabschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen
Vorlage: 17/SVV/0836

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für Frau Andres (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.)

Der Erteilung des Rederechtes wird einstimmig zugestimmt.

Frau Andres bedankt sich bei den Akteuren, die das Pilotprojekt für die Schulabschlussbetreuung auf den Weg gebracht haben. Derzeit werden 15 Potsdamer Kinder im Projekt betreut. Das Projekt wird gut angenommen und auch benötigt. Sie informiert über den Rahmen der Betreuung und die Veranstaltungen, die durchgeführt werden. Dabei macht sie deutlich, dass es schwierig ist, dass das Modellprojekt nur für zwei Jahre angesetzt ist. Problematisch ist auch, dass die Jugendlichen aus Potsdam-Mittelmark, die ebenfalls die Potsdamer Schulen besuchen, nicht das Schulabschlussprojekt in Anspruch nehmen dürfen. Es gibt aber auch Schwierigkeiten bei einigen Jugendlichen bezüglich des Fahrdienstes.

Abschließend macht Frau Andres deutlich, dass eine feste Einrichtung gewünscht wird.

Herr Schubert erinnert daran, dass im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion darüber beraten wurde, wie das Projekt weitergeführt werden kann. Die finanziellen Mittel dafür stehen bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 zur Verfügung. Klar ist auch, dass der nahtlose Übergang gewährleistet werden soll. Derzeit läuft die Vorbereitung der Evaluierung des Modellprojektes. Im Anschluss daran ist eine Ausschreibung der Schulabschlussbetreuung vorgesehen.

Herr Schubert betont, dass es sich um eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt Potsdam handelt. Ohne eine Kostenübernahme durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark besteht keine Möglichkeit der Betreuung der Jugendlichen aus Potsdam-Mittelmark. Er regt an, dass von Seiten der Ausschussvorsitzenden diesbezüglich Kontakt zum Landkreis Potsdam-Mittelmark aufgenommen werden sollte.

Frau Schweers fragt, wann die Ergebnisse der Evaluation vorliegen werden. Des Weiteren spricht sie sich für eine Ausschreibung für einen längeren Zeitraum aus.

Herr Schubert erklärt, dass die Evaluierung derzeit vorbereitet wird.

Frau Schweers bittet um eine Information, wann Evaluierung abgeschlossen ist, als Anlage zur Niederschrift.

Herr Kolesnyk regt an, den vorliegenden Antrag bis zur Vorlage der Evaluationsergebnisse zurückzustellen.

Herr Schubert teilt mit, dass für 2018 für die Schulabschlussbetreuung 200.000 Euro eingeplant sind.

Frau Schulze bittet, dem Bürgerhaushaltsantrag zuzustimmen.

Frau Eisenblätter plädiert ebenfalls für eine Zustimmung als wichtiges Zeichen an die Betroffenen.

Sie stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die finanziellen Mittel für die Weiterführung und den Ausbau des Pilotprojekts der Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung im Oberlinhaus sind durch die Landeshauptstadt Potsdam bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Sachstand 2. Suchtaktionsplan

Frau Hayn (FB Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Präsentation einen aktuellen Sachstand. Sie verweist auf die Ergebnisse aus dem Workshop zum 2. Suchtaktionsplan und gibt einen Überblick über die Projektförderung der Maßnahmen aus dem Plan. Dabei macht sie deutlich, dass 2017 insgesamt 14 von 22 Maßnahmen umgesetzt wurden. Für 2018 sind 12 von 20 Maßnahmen gesichert.

Anschließend stellt Frau Hayn die Planung vor. Zunächst erfolgt die Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung, danach die Erstellung des 2. Suchtaktionsplanes.

Frau Schweers fragt, ob der 2. Suchtaktionsplan in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Im Mai 2016 wurden die Ergebnisse im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion als Mitteilung eingebracht, jedoch nicht beschlossen.

Frau Hayn erklärt, dass dieser als Mitteilungsvorlage eingebracht und mit finanziellen Auswirkungen hinterlegt wurde.

Frau Schulze ist irritiert, da in den ausgereichten Unterlagen dargestellt ist, dass für die Umsetzung des 2. Suchtaktionsplanes für 2018 und 2019 jeweils 200.000 Euro eingeplant sind. Laut Darstellung in der Präsentation sind es 140.000 Euro.

Frau Hayn erklärt, dass die Summe korrigiert wurde. Wie in der Präsentation dargestellt, sind für die Jahre 2018 und 2019 jeweils 140.000 Euro eingeplant.

Frau Liefeld nimmt Bezug auf die Auflistung der Teilziele und stellt fest, dass sich bereits viele Bereiche in der Umsetzung befinden. Sie fragt, ob diese in der Regelfinanzierung enthalten sind.

Frau Hayn erklärt, dass die Teilziele in der Regelfinanzierung der einzelnen Projekte enthalten sind.

Auf Nachfrage bezüglich des Projektes HaLt erklärt sie, dass hier die Fachleistungsstunden der Fachstelle für Konsumkompetenz abgerechnet werden. Eine Finanzierung für Bereitschaftsdienste ist vertraglich bislang nicht geregelt.

Bezüglich der Kriterien zur Zielerreichung im 2. Aktionsplan betont Frau Hayn, dass diese in die Jahresgespräche einfließen können. Der Grad der Erfüllung der

Ziele kann in der Präsentation nicht dargestellt werden, da der Durchführungszeitraum noch nicht abgeschlossen ist.

zu 7.2 **Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018**

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) berichtet, dass das Auswahlgremium am 06.11.2017 und am 20.11.2017 getagt hat. Ziel war die Verständigung zur Projektförderung 2018 und die Entwicklung eines optimierten Verfahrens für die Förderung der Projekte ab 2019.

Er weist darauf hin, dass bei beiden Sitzungen nicht alle drei Jurymitglieder anwesend waren. Die Verständigung erfolgte dann per Mail.

Das Verfahren für die Projektförderung ab 2019 soll bis zum Sommer 2018 entwickelt und zur Abstimmung vorgelegt werden. Es ist angedacht, Kernprojekte längerfristig zu fördern. Welche das sind, soll im GSI-Ausschuss abgestimmt werden.

Mit Bezug auf die Projektförderung im Jahr 2018 erklärt Herr Bindheim, dass hier die zur Verfügung stehende Fördersumme den Rahmen vorgibt. Für die Förderung 2018 stehen Mittel in der gleichen Höhe wie auch im Jahr 2017 zur Verfügung.

Abschließend informiert er, dass zu den Projekten der ZWST „soziale Beratung jüdischer Zuwanderer“ (Ifd. Nr. 20) und der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH „KBS“ kein Einvernehmen hergestellt werden konnte.

Frau Schweers kritisiert, dass schon im letzten Jahr zugesagt wurde, dass eine Förderung für zwei Jahre angestrebt wird. Sie fragt, warum die Projektförderung nun wieder nur für ein Jahr erfolgt.

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Förderliste erst gestern Abend allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist. Sie fühlt sich daher heute nicht in der Lage, eine Empfehlung abzugeben und schlägt vor, heute eine erste Diskussion zu führen und Fragen an die Verwaltung zu richten.

Des Weiteren bittet sie, die Träger über das Verfahren zu informieren und im Dezember die abschließende Beratung vorzunehmen.

Herr Schubert sagt zu, dass sich die Verwaltung verständigt und die Träger informiert.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die der Vorschlag der Fördersumme für das Projekt „Zufluchtswohnung“ des Autonomen Frauenzentrums (Ifd. Nr. 2) ein Mix aus der Förderung 2017 und dem Antrag 2018 ist. Er bittet, dies zu überprüfen.

Frau Liefeld informiert, dass es im Gremium eine Verständigung gab, dass grundsätzlich darüber nachgedacht werden soll, ob es eine Möglichkeit gibt, das Gremium für 2 Jahre einzusetzen.

Sie weist darauf hin, dass die Aids-Hilfe im Jahr 2018 unter der Vorjahresförderung liegt. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das schon viele Jahre besteht. Die Förderung sollte nicht herab gesetzt werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass es ein vorgegebenes Budget gibt, das eingehalten werden muss.

Frau Eifler fragt zur Weihnachtsfeier der Suppenküche. Laut Förderliste kommt hier noch ein Antrag.

Herr Bindheim erklärt, dass der Antrag eigentlich nicht mehr berücksichtigt werden kann, da Antragsschluss der 30.06.2017 war.
In Abhängigkeit der Entscheidung in der heutigen Ausschusssitzung soll es ein weiteres Treffen der Auswahljury geben.

Frau Schulze fragt nach der Gesamtfördersumme, da laut ausgereicherter Liste die Fördersummen 2017 und 2018 nicht identisch sind.

Herr Bindheim teilt mit, dass die Fördersumme für 2018 insgesamt 1.340.286 Euro beträgt.

Frau Schulze fragt, wie hoch die maximale Förderung bei Erstanträgen ist.

Herr Bindheim erklärt, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Frau Eisenblätter schlägt vor, schriftliche Fragen bei der Verwaltung einzureichen, die dann auch schriftlich beantwortet werden. Im Frühjahr 2018 sollte intensiv das weitere Verfahren beraten werden.

Frau Biesecke fragt, warum der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat hier mit aufgeführt sind. Sie sieht die Beiräte als Gremium seitens der Verwaltung. Dazu sollte eine Verständigung erfolgen, wie eine Förderung aus einem anderen Fördertopf erfolgen kann Sie befürwortet die Förderung sehr.

Herr Schubert betont, dass nur Mittel vergeben werden können, die zur Verfügung stehen. Hier muss dann eine Priorisierung erfolgen.

Herr Kolesnyk bitte auch zu erklären, warum die Entscheidung bei einzelnen Projekten so erfolgt ist.

Herr Bindheim bittet, die Fragen schriftlich einzureichen, um darauf reagieren zu können.

zu 7.3 Auswertung der Kundenbefragung zur Antragstellung von Wohnberechtigungsscheinen

Herr Jekel (FB Soziales und Wohnen) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der Nutzerumfrage vor. Er macht dabei deutlich, dass diese Untersuchung bereits regelmäßig durchgeführt wird, um Erkenntnisse z.B. über erforderliche Veränderungen bei der Antragstellung zu erlangen. Anschließend stellt er die Ergebnisse vor und weist darauf hin, dass auch die Informationsquellen der Nutzer sowie der Informationsbedarf abgefragt wurden. Auf Nachfrage teilt Herr Jekel mit, dass durch den Bereich Wohnen pro Jahr ca. 10.000 Fälle bearbeitet werden, davon ca. 2.500 WBS-Anträge.

Frau Schweers findet es schade, dass seit Jahren die Renovierungen im Haus 2 verschoben werden. Die Situation ist nicht ansprechend.

Herr Jekel erklärt, dass man sich in Gesprächen befindet

zu 8 Sonstiges

Nächster GSI-Ausschuss: 19. Dezember 2017, 18:00 Uhr

**Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**